

Positionspapier 12-24-8

ZUKUNFT DER APOTHEKEN: REFORMANSÄTZE FÜR EINE GERECHTE GESUNDHEITSVERSORGUNG

Die Apotheken in Deutschland stehen unter enormem Druck. Die jüngsten Reformvorschläge aus dem Bundesgesundheitsministerium verkennen die Realität vor Ort und belasten die Apotheken weiter, anstatt ihnen den Rücken zu stärken.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich für den Erhalt und die Stärkung der Apotheken als zentrale Gesundheitsdienstleister ein.

Genug ist genug! – Für faire Bedingungen und gegen Rabattverträge

Die aktuelle Apothekenreform bringt keine wirklichen Verbesserungen. Das Fixhonorar, das pro Medikamentenausgabe gezahlt wird, wurde in den letzten zehn Jahren nur minimal erhöht, während die Betriebskosten der Apotheken erheblich gestiegen sind.

Die geplante Anpassung des Fixhonorars auf neun Euro reicht nicht aus, um die massiven Kostensteigerungen aufzufangen. Gleichzeitig bedeuten die neuen Vergütungsmodelle, dass bei teuren Medikamenten Apotheker auf einem Teil der Kosten sitzenbleiben könnten. Die ständigen Änderungen und Unsicherheiten durch Rabattverträge mit Krankenkassen belasten die Apotheken zusätzlich und schaffen ein unstabiles Umfeld, das die Versorgung der Patienten gefährdet. Diese Rabattverträge müssen abgeschafft werden, um klare und faire Bedingungen zu schaffen.

Blistergeschäft und Hilfsmittelregularien: Reformen dringend notwendig

Das Blistergeschäft entlastet Pflegeeinrichtungen erheblich, da Apotheken die Medikamente für Bewohner vorsortieren und verpacken. Dies spart den Pflegeeinrichtungen erhebliche Personalkosten – etwa die Jahresvergütung einer Pflegekraft pro 100 Bewohner.

Doch diese Entlastung wird den Apotheken nicht ausreichend vergütet, was zu einer finanziellen Schieflage führt. Auch bei den Hilfsmitteln werden Apotheken durch komplexe Genehmigungsverfahren und minimalen Aufschlägen stark benachteiligt. Oft müssen Apotheker sogar draufzahlen, um die Versorgung sicherzustellen. Dieses System muss dringend reformiert werden.

Gleichberechtigung zwischen stationären und Versandapotheken

Für BÜNDNIS DEUTSCHLAND ist es nicht hinnehmbar, dass Versandapotheken, die verschreibungspflichtige Medikamente verkaufen, nicht denselben strengen Regularien unterliegen wie stationäre Apotheken.

Dazu gehören etwa die Notdienstpflicht, Labor- und Rezepturvorgaben sowie regelmäßige Revisionen. Diese Ungleichheit schafft Wettbewerbsverzerrungen und gefährdet die flächendeckende Versorgung.

Forderungen von BÜNDNIS DEUTSCHLAND:

1. Angemessene Erhöhung des Fixhonorars:

Die Vergütung muss die gestiegenen Betriebskosten der Apotheken widerspiegeln.

2. Abschaffung der Rabattverträge:

Für ein stabiles und faires Umfeld müssen die Rabattverträge mit Krankenkassen abgeschafft werden.

3. Reform der Hilfsmittelregularien:

Eine deutliche Vereinfachung der Genehmigungsverfahren und faire Vergütungen für die Apotheken sind unerlässlich.

4. Gleiche Wettbewerbsbedingungen für Versandapotheken:

Es müssen dieselben Auflagen wie für stationäre Apotheken gelten, um Chancengleichheit zu gewährleisten.

Die Apothekenreform muss grundlegend überarbeitet werden, um die Existenz der Apotheken und die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert daher eine Politik, die die Apotheken stärkt und ihnen faire Rahmenbedingungen bietet, statt sie durch unnötige Bürokratie und unzureichende Vergütungen weiter zu belasten.

Bundesausschuss 12 (Gesundheit, Pflege und Sport)

Birgit Ruder, Leiterin BFA 12 | 02.09.2024

www.buendnis-deutschland.de | bfa12@buendnis-deutschland.de